Heute „Moden-Spiegel“

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 250 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel“, Dienstags „Modenspiegel“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Sportspiegel“, Freitags Wochenblatt „V.I.K.“, Sonnabends „Haus Hof Garten“. Bezugspreis: Für den Monat April M. 10 000.— einschl. Zustellg. b. die Botenfrau, Ausl. ausschl. Postanstalt, beim Kreuzbandversand Deutschland, Danzig, Memelland, Saargebiet, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland: für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreiserhöhungen vorbehalten. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hat, auf. Bezieh. kein Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. Zu Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 48—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla“, Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 1gespaltl. Zeile M. 2500.—, Familien-Anzeigen M. 800.—, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 105; Potsdamer Str. 23; Zimmerstr. 99; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 45; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Alexandr. Str. 67/68; Rathenow. Str. 5; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Hochhausstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 63; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fenstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Nieolasbergerstr. 79; Charlottenburg: Tauenzienstr. 2, Hauptstr. 54; Schorrenstr. 59; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Tarifstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Vordholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 8; Schöneberg: Hauptstr. 29/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Temperhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kreutzstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 15. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 11/12, Cöpenick: Schlosstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 179

Dienstag, 17. April 1923

52. Jahrgang

Die Reichstagsrede des Ministers v. Rosenberg.

Deutschlands Verhandlungsbereitschaft. — Das Bergmannsche Angebot. — Die „Sicherungsfrage“. — Gegen jede Beschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland. — Räumung des Ruhrgebietes in Etappen unannehmbar.

Die gestrige Reichstagsdebatte.

Von

Erich Dombrowski.

Gestern nachmittag hat Herr v. Rosenberg, der Außenminister, im Reichstage gesprochen. Keine Opposition machte sich bemerkbar. Weder rechts, noch links. Erst recht nicht in der Mitte, wo die Regierungskoalition sich ausdehnt. Der Minister beschränkte sich, zwischen manchen polemischen Randbemerkungen gegen Poincaré, darauf, zu sagen, was war und was ist. Aber daraus ergab sich, in deutlich erkennbaren Umrissen, auch, was Deutschland will. Was es zu tun bereit ist, um das Reparationsproblem zu lösen und damit Frankreich, diesen politischen Ahasver, zur Ruhe zu bringen. Deutschlands Verhandlungsbereitschaft kann, nach den Erklärungen des Ministers, nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Untersuchen wir die Situation. Was war?

Ist Deutschland tatsächlich nicht willens gewesen, seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachzukommen, wie es die Gegner behaupten? Das ist falsch. Von den realen Leistungen aller Art seit dem Abschluß des Waffenstillstandes soll hier nicht die Rede sein, sondern nur von den deutschen Bemühungen der letzten Zeit, zu einem abschließenden, dauernden Ausgleich zu kommen. Im November vorigen Jahres suchte die Regierung, auf Grund internationaler Sachverständigengutachten, einen Zahlungsaufschub nach, sagte aber, trotz der beinahe verzweifelten finanziellen Lage, weitere Sachlieferungen und die Sanierung seiner Finanzen zu. Der Vorschlag sollte die Brücke zur endgültigen Verständigung bilden. Vergebens. Nach diesem mißglückten finanziellen Versuch beschritt man den politischen Weg und schlug, den Sicherungswünschen Frankreichs Rechnung tragend, den sogenannten Rheinlandpakt vor. Umsonst. Alsdann wollte man eine wirtschaftliche Kooperation der beteiligten deutschen und französischen Industrie auf breiter Grundlage anbahnen. Poincaré winkte ab. Zu guter Letzt beabsichtigte man, durch den Staatssekretär Bergmann, der Pariser Januarkonferenz einen detaillierten Wiedergutmachungsplan vorzulegen. Das Ansuchen wurde keiner Antwort gewürdigt. Die französische Ruhraktion setzte ein. Soll Deutschland jetzt mit einem neuen Angebot herauskommen? Das ist die Frage, die alle bewegt. Nach den bisherigen Erfahrungen kann es das nicht tun. Wenigstens nicht direkt. Es kann nur sagen, wozu es bereit ist, und damit die Möglichkeit von Verhandlungen geben.

Nicht ohne Absicht ging der Minister von dem sogenannten Bergmannschen Angebot aus: 20 + 5 + 5 Milliarden Goldmark. Gewiß, die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands haben sich durch den französischen Einbruch in das Ruhrgebiet verschoben. In welchem Grade, läßt sich zur Stunde noch nicht bestimmen. Denn weiß man, wie lange die Franzosen noch dort bleiben werden? Aber jenes deutsche Angebot wird, nach der Ansicht des Herrn v. Rosenberg, den Ausgangspunkt für alles Weitere bilden müssen. Im letzten Grunde ist der ganze Streit eine Tatfrage: Welches sind die Beträge, die Deutschland wirklich leisten kann? Um das festzustellen, hat der amerikanische Staatssekretär Hughes eine unabhängige internationale Sachverständigenkommission vorgeschlagen. Die Reichsregierung ist dieser Anregung beigetreten und hat sich damit einverstanden erklärt, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten wird. Dann will man an den internationalen Kapitalmarkt wegen einer möglichst großen Anleihe herantreten, sie mit den als nötig bezeichneten Sicherheiten ausstatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortigen baren Vorschuß aushändigen. Die Regierung ist weiter bereit, durch geeignete Maßnahmen, auch auf gesetzlichem Wege, dafür zu sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der Reparationspflicht stellen. Zusammenfassend schlägt also Deutschland vor: Grundlage der deutschen Verhandlungsbereitschaft soll der Bergmannsche Vorschlag sein, der darauf, der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechend, durch das Votum einer internationalen Sachverständigenkommission, nach der einen oder der anderen Richtung hin modifiziert werden soll. Die schließlich festgesetzte Summe soll durch einen internationalen Kredit aufgebracht werden, für den die deutschen Industrie- und Bankkreise garantieren.

Die Voraussetzung für das Zustandekommen einer Vereinbarung auf dieser oder ähnlicher Basis ist zunächst die gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands bei den Verhandlungen. Ferner die Wiederherstellung der deutschen Arbeitsmöglichkeit durch die Räumung des besetzten Ruhrgebietes, durch den Abbau der Okkupation in den Rheinlanden, durch den Verzicht der Gegenseite auf jede Sanktions- und Pfänderpolitik und durch die Gewährung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Bleibt nur noch etwas über die sogenannte Sicherungsfrage zu sagen übrig. Herr v. Rosenberg kam dabei auf den von Deutschland vorgeschlagenen Rheinlandpakt zu sprechen, der für ein Menschenalter, also dreißig Jahre, gelten sollte. „Unser Vorschlag“, betonte er, „war nicht starr und unabänderlich, sondern Modifikationen zugänglich hinsichtlich des Plebiszits, der Person der Garanten und der Geltungsdauer.“ „Auch zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen und anderen friedensichernden Vereinbarungen war und ist die Reichsregierung bereit, wenn sie auf dem Boden der Gegenseitigkeit ruhen und unsere Hoheitsrechte unangetastet bleiben.“ Endlich verlangt Deutschland als selbstverständliche Vorbedingung die Entsaftung und Schadloshaltung der widerrechtlich festgenommenen und verurteilten Ruhreinwohner und bezeichnet das von Poincaré in der Dünkirchener Rede verkündete System etappenweiser Räumung als unannehmbar.

Jeder, der hören und sehen will, sieht hier ein klar umrissenes, wenn auch elastisches Verhandlungsprogramm Deutschlands. Die Gegenseite hat bisher nur mit den Waffen gelärmt und unsagbares Elend über eine friedlich schaffende Industriebevölkerung gebracht, hat in der Presse den Kampf der Bajonette wider die passive Abwehr an der Ruhr mit einem wilden Indianergeheul begleitet, kurz, immer nur eine negative, eine zerstörende „Wiederaufbau“politik getrieben. Nun liegen aus Deutschland positive Anregungen vor, die eine greifbare Verhandlungsgrundlage schaffen können, und die, unseres Erachtens, in der eigentlichen Reparationsfrage nicht gar so weit entfernt sind von den Vorschlägen Loucheurs und Bonar Laws. Denn bei der definitiven Festsetzung der Reparationssumme kommt nicht bloß die Ziffer an sich in Betracht, sondern auch die Zeitspanne, in der sie getilgt werden muß, daß heißt: auf die Zinsen und die Zinseszinsen. Aber es ist, abgesehen von allen imperialistischen Nebenabsichten Frankreichs, möglich, daß die Pariser Politiker nicht eher nachgeben werden, bis nicht auch England und Amerika, direkt oder indirekt, ihnen ihre Kriegsschulden erlassen haben. Trifft diese Annahme zu, — und das scheint der Fall zu sein —, so wird das Problem noch viel komplizierter und geht weit über den deutsch-französischen Konflikt hinaus. Um so notwendiger ist dann die Behandlung der Reparationsfrage vor dem Forum einer internationalen Sachverständigenkommission. Wie lange soll die Welt aber des erlösenden Wortes harren? „Schon streckt“, um mit den Worten Miltons im „Verlorenen Paradies“ zu reden, „der Tod die Nase vor, um durch die Unendlichkeit des Chaos hindurch die auf der Erde eingetretene Veränderung zu wittern, wie ein Rabe, der die Leichen riecht.“

Nachdem der Außenminister gesprochen hatte, kamen die Vertreter der Parteien zu Wort. Eine eigentliche Opposition wurde nicht laut. Hermann Müller forderte im Namen der Sozialdemokratie eine aktivere Politik. Warum macht die Regierung nicht ein konkretes Angebot? fragte er. Aber andererseits ließ er keinen Zweifel darüber, daß ein bloßes Nachgeben zur territorialen Zerschlagung und wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands führen würde. Eine Sicherungspolitik? Gut. Aber sie darf nicht zu einer verschleierten Annexion der Rheinlande und der Pfalz führen. Mit aller Entschiedenheit lehnte er jeden fremden Eingriff in die deutsche Selbständigkeit ab. Der Deutschnationale Hoetzsch vertrat die schärfere Tonart: Ein irgendwie zu bezifferndes Zahlungsangebot ist für Deutschland unmöglich. Es muß zunächst eine Inventur aufgestellt werden, was unser Betrieb heute noch wert ist. Deutschland muß, nach den schweren Schädigungen des Ruhrbezirks, eine Gegenrechnung aufstellen. Kurz, eine temperierte Kritik an der Rede des Ministers. Dr. Marx, der Zentrumsredner, sprach Herrn v. Rosenberg das volle Vertrauen der Partei aus: „Es ist völlig unmöglich, irgendeine bestimmte Summe der Entschädigung zu nennen.“ Er, wie vor ihm Hermann Müller, wandte sich, die innerpolitische Lage streifend, gegen die Treibereien der rechtsradikalen Organisationen. Die Erklärungen der Fraktionen, soweit sie gestern vorgetragen wurden, gingen an dem eigentlichen Kern des außenpolitischen Regierungsprogramms vorüber. Möglich, daß in der schnellen Folge der Debatte keine Zeit für Details übrig blieb. So beschränkte man sich mehr auf ein paar grundsätzliche Gedanken und einige negative Bemerkungen. Heute nachmittag wird die Diskussion fortgesetzt werden. Dr. Stresemann wird sie einleiten.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Zunächst wird das provisorische Handelsübereinkommen mit Spanien, das bis zum 30. April dauern soll, nach kurzem Bericht des Abg. Dr. Hoetzsch (Deutschnat.) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Lesung des **Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes.** Mit der Beratung verbunden werden Interpellationen Hergt (Deutschnat.), v. Schoch (D. Vp.) und Koch-Weser (Dem.) betreffend Veröffentlichung des Materials zur **Aufklärung der Schuldfrage am Weltkriege**, ferner eine weitere Interpellation Hergt (Deutschnat.) betreffend **Außenkontrolle durch die interalliierte Militärkontrollkommission.**

Nachdem dann Abg. Dr. **Hoetzsch** (Deutschnat.) über die Ausschußverhandlungen berichtet hat, nimmt das Wort

Reichsminister des Aeußern Dr. v. Rosenberg:

Dem Wunsche des Herrn Berichterstatters, daß zwischen diesem hohen Hause und dem Auswärtigen Amt ein Verhältnis rückhaltlosen Vertrauens herrschen möchte, kann ich nur aus ganzem Herzen zustimmen. Gerade in Zeiten, wie wir sie heute erleben, kommt es uns vom Auswärtigen Amt doppelt klar zum Bewußtsein, daß wir ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern des Volkes wenig ausrichten können. Nur dann hat unsere Arbeit einen Sinn und unsere Stimme Gewicht, wenn hinter uns das Volk und seine Vertretung steht. Was an mir liegt, werde ich tun, um diese wichtigste Voraussetzung nutzbringender Arbeit, das vertrauensvolle Verhältnis zum Parlament, zu pflegen und auszubauen.

Wer auch immer an dieser Arbeit fortzubauen hat, der wird sich von der Illusion freihalten müssen, als besäßen wir viele Freunde in der Welt. (Sehr richtig!) Den wenigen aber, die uns in den Stunden der Not treu geblieben sind, die uns ihre Sympathie auch in solchen Zeiten bekundet haben, wo Mut dazu gehörte, sich dem einsamen und verfolgten Deutschland freundlich zu erweisen, ihnen darf ich auch in dieser Stunde ein Wort des Dankes zurufen. (Lebhafter Beifall.) Wir hören ihre Stimme, ihren Zuspruch und Kundgebungen des Verständnisses auch in unserem gegenwärtigen harten Kampf und schöpfen daraus Stärkung und Ermunterung für unseren schweren Weg. Mit dankbarer Freude sehen wir überall im Auslande die Teilnahme der dort heimisch gewordenen Deutschen sich regen. (Beifall.) Ihre Anhänglichkeit an die alte Heimat, an die überlieferte Blutsgemeinschaft spricht sich in tätiger Hilfe aus, die Zeugnis ablegt von ihrem Glauben an eine Wiederaufrichtung Deutschlands auch unter veränderten staatlichen Formen. (Beifall.) Meine Damen und Herren! Der Glaube an Deutschland und an das deutsche Volk, der tief und unzerstörbar in unser aller Herzen wurzelt, er ist es, der uns die Kraft gab, waffenlos dem **französischen Einbruch in das Ruhrgebiet** entgegenzutreten. In klarer Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele stand, hat unser Volk die stille Abwehr aufgenommen. Und so rollt sich in den Rheinlanden und in Westfalen ein Vorgang ab, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. (Sehr richtig!) Ein starkes, mit allen Mitteln neuzeitlicher Kriegskunst ausgestattetes Heer kämpft gegen eine völlig entwaffnete, nur mit der Macht einer Idee gerüstete Bevölkerung. (Sehr wahr!) Zahlreich sind die Opfer, und täglich meldet der Draht Vorgänge, die uns ans Herz greifen. Wir alle stehen noch unter dem schmerzlichen Eindruck der Trauerfeier, die hier in diesem Raume vor einer Woche stattfand und die den Männern gewidmet war, die ihre Treue zum Vaterland mit dem Tode besiegelt haben. Aber hart und opferreich ist das Schicksal auch der Lebenden. Welche Tragik und welche Summe menschlicher Mühsal umfließt z. B. die Vertreibung unserer Eisenbahner (Lebhafte Zustimmung) die zu Hunderten mit Weib und Kind aus Heim und Beruf verjagt werden und, der deutschen Sache zuliebe, alles standhaft und ohne Klage auf sich nehmen! (Lebhafter Beifall.) Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und im Rheinland wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Gelänge es Frankreich, **was nicht der Fall sein wird,** die waffenlose Bevölkerung auf die Kniee zu zwingen, so wäre der Militarismus für alle Zeiten Trumpf, und für den Gang der Weltpolitik wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend. (Sehr wahr!) Erweist sich aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Rüstung und militärischer Gewalt ihre Grenzen hat (Sehr richtig!), und daß der auf Vernunft und Recht gestützte, geschlossene Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist als Tanks und Maschinengewehre (Lebhafter Beifall.)

Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. (Sehr wahr!) Der Vertrag von Versailles verfolgt, wenn anders wir der feierlichen Verkündung seiner Eingangsworte glauben dürfen, das hehre Ziel, an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen. Sein erster Teil ist dem Völkerbund gewidmet, auf dessen Programm seine Gründer die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit geschrieben haben. Dem gleichen Zweck soll die allgemeine Abrüstung dienen, mit der zwar Deutschland den Anfang